

Pressekonferenz-Skript

Bitte beachten Sie bei redaktioneller Nutzung der Skripte, dass diese vom Wortlaut der Pressekonferenz (21. Januar 2025, 9.30 Uhr) abweichen können. Für die PK gilt das gesprochene Wort. Im Rahmen einer Berichterstattung über die Finanzierbarkeit des Sozialstaats können Sie gern Zitate aus diesem Skript verwenden.

Skript zur Pressekonferenz VdK/Fiscal Future zur Finanzierbarkeit des Sozialstaats

Verena Bentele, Präsidentin Sozialverband VdK Deutschland:

Die Sozialpolitik ist zu einem zentralen Streitthema im Wahlkampf geworden. Leider geht es zu oft darum, wo beim Sozialstaat gespart werden soll, um damit vermeintlich die Staatsfinanzen zu sanieren und die Belastung mit zu hohen Sozialversicherungsbeiträgen zu reduzieren. Aber nachhaltige, solide berechnete und überzeugende Finanzierungsvorschläge, die auf eine Verteilung auf breitere Schultern setzen, sind bei vielen Parteien Fehlanzeige.

Die Fragen nach den staatlichen Einnahmen durch Steuern und nach der Finanzierung und Ausgestaltung der Sozialversicherungen sind deshalb in diesem Wahlkampf die Kernthemen des Sozialverbands VdK. Das sind auch angesichts der Herausforderungen die Themen, auf die wir Antworten jenseits von Leistungseinschränkungen brauchen.

Der Sozialverband VdK vertritt inzwischen mehr als 2,3 Millionen Mitglieder im Land.

Wie Sie wissen, wenden sich unsere Mitglieder seit vielen Jahren vertrauensvoll an den VdK, weil sie Leistungen aus den Sozialversicherungen beantragen müssen, weil sie sich dagegen wehren, dass Leistungen abgelehnt werden. Sie brauchen aufgrund von Schicksalsschlägen, Krankheiten, Arbeitslosigkeit oder Pflegefällen und im Übergang zur Rente, aber auch wegen steigender Mieten und Preise Hilfe vom Sozialstaat, der sie vor Armut schützt, der sie bei der Rückkehr in den Beruf oder bei der Pflege von Angehörigen unterstützt.

Wir brauchen inflationssichere Renten, also eine Rentenversicherung, in die alle einzahlen.

Wir brauchen funktionierende Krankenhäuser. Wir wollen nicht monatelang auf den Arzttermin warten, die pflegenden Angehörigen brauchen Entlastung und finanzielle Anerkennung.

Wir brauchen also eine Kranken- und Pflegeversicherung, die von allen getragen wird und die für alle da ist.

All dies können langfristig stabil finanzierte Sozialversicherungen bieten. Wir als VdK sind grundsätzlich Fans des bestehenden Systems.

Wir sind JASOZIAL, so lautet unser Slogan der Aktion, mit der wir den Wahlkampf begleiten.

Eine aktuelle Bestandsaufnahme zeigt:

Durch immer weiter steigende Sozialversicherungsbeiträge, wie sie Beschäftigte landauf landab gerade an ihren Lohnzetteln ablesen und in ihren Geldbörsen spüren können, wird das Vertrauen in die Sozialversicherungen systematisch untergraben. Insbesondere Menschen mit kleinen Einkommen und kleinen Renten werden von steigenden Beiträgen getroffen. Lohnsteigerungen von

hart arbeitenden Menschen werden aufgezehrt. Junge Menschen zahlen steigende Rentenversicherungsbeiträge und fragen sich: Bleibt dann überhaupt noch was für mich übrig? Es greift die Angst um sich, im Fall der Fälle doch nicht ausreichend versorgt zu werden, obwohl doch hohe Beiträge entrichtet wurden. Ein Gefühl der Ungerechtigkeit macht sich breit.

Versicherungsmakler, die ihr Geld damit verdienen, Menschen private Zusatzversicherungen anzubieten, befeuern die Stimmung – gerade online und mit der Zielgruppe der jungen Menschen ist das zu beobachten. Politische Kräfte, die aus Überzeugung die Privatisierung von Lebensrisiken fordern, blasen in dasselbe Horn.

Diese allgemeine Stimmung beschädigt das Fundament unseres Sozialstaats. Man hört immer häufiger Sätze wie: „Jeder muss für sich selbst sorgen“ oder „privat vorsorgen ist die einzige Rettung“. Es wird der Eindruck erweckt, der Staat funktioniere nicht und den Sozialstaat könne man sich als Gesellschaft nicht mehr leisten.

Es sind nicht nur Stimmungen und Stimmen, die das Empfinden von Ungerechtigkeit prägen. Es sind politische Entscheidungen der letzten Jahre, die ihren Teil dazu beitragen. Und darum soll es uns heute gehen. Denn wir sagen: „Der Sozialstaat ist finanzierbar – für uns als Gesamtgesellschaft und auch für jede Einzelne und jeden Einzelnen.“

Wahlkämpfer fordern, dass finanzielle Schieflagen in den Systemen über Leistungskürzungen oder Beitragssteigerungen zu Lasten der Beschäftigten und ihrer Arbeitgeber aufgefangen werden sollen. Ein zentraler Mechanismus dieser unsozialen Politik ist die Auslagerung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben in die Sozialversicherungen. Der technische Begriff dafür ist „versicherungs fremde Leistungen“. Es hat sich als ein Muster herausgestellt, politisch gewünschte und aus unserer Sicht auch notwendige Leistungen nicht, wie es eigentlich sachgerecht wäre, durch Steuermittel zu finanzieren, sondern den Beitragszahlenden aufzubürden und die staatlichen Zuschüsse zur Kranken-, Pflege- und Rentenkasse willkürlich zu kürzen. Dies führt zu weniger Netto vom Brutto für Beschäftigte und Rentnerinnen und Rentner. Andere Gruppen, Beamte, Selbstständige und Abgeordnete werden nicht in die Verantwortung genommen. Das Vertrauen in unsere Sozialversicherungen wird auf dem Altar der schwarzen Null geopfert.

Sie fragen sich jetzt vielleicht, was wir mit gesamtgesellschaftlichen Aufgaben meinen. Im Bereich der Rentenversicherungen sind dies zum Beispiel die Anrechnung von Kindererziehungs- oder Ausbildungszeiten. Im Bereich der Pflegeversicherung sind dies beispielsweise Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige, in der Gesetzlichen Krankenversicherung familienpolitische Leistungen wie die Beitragsfreiheit von Ehegatten und Kindern, Leistungen für Schwangerschaft und Mutterschaft oder künftig die Kosten der Krankenhausreform. In der Arbeitslosenversicherung handelt es sich bei diesen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben beispielsweise um das Kurzarbeitergeld oder die Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben.

Diese exemplarische Aufzählung zeigt auf: Es handelt sich hierbei um wertvolle und wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben – doch die Finanzierung durch die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler ist ein Skandal. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen auch von der gesamten Gesellschaft bezahlt werden. Es geht nicht, dass sich Beamte, Selbstständige, Abgeordnete oder Hochvermögende, die privat versichert sind oder von ihren Kapitalrenditen leben, nicht daran beteiligen. Denn auch sie profitieren davon!

Unsere Forderung ist also: Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen vollständig aus dem Bundeshaushalt und damit aus Steuern bezahlt werden.

Schon jetzt werden teilweise Bundeszuschüsse gezahlt. Aber nicht ausreichend, wie wir Ihnen gleich zeigen werden.

Und sie werden sich wundern: Das sehen nicht nur wir so: Der Sozialverband VdK hat in den letzten Wochen die Antworten der demokratischen Parteien aus dem Bundestag auf seinen Wahlprüfstein erhalten, und unisono antworteten diese, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben verstärkt beziehungsweise schrittweise bis hin zu vollständig aus Steuermitteln finanziert werden müssen. Schauen Sie sich die Antworten der Parteien gern auf unserer Website an.

Auch im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition hieß es zum Beispiel für die Pflegeversicherung, „versicherungsfremde Leistungen wie die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige und die pandemiebedingten Zusatzkosten wollen wir aus Steuermitteln finanzieren“. Aber der gesetzlich vorgeschriebene Bundeszuschuss für die Pflege wurde einfach für den Zeitraum von 2024 bis 2027 ausgesetzt. Im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung wurde angekündigt, den Bundeszuschuss regelhaft zu dynamisieren und einzelne gesamtgesellschaftliche Aufgaben vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren. Umsetzung: Fehlanzeige.

Wir haben deshalb gemeinsam mit unserem Kooperationspartner Fiscal Future zunächst einmal zusammengetragen, welche gesamtgesellschaftlichen Aufgaben ungerechterweise aus den jeweiligen Sozialversicherungen finanziert werden.

Im Bereich der **Rentenversicherung** sind unsere Ergebnisse folgende:

Insgesamt wurden zuletzt nach einer fortgeschriebenen Aufstellung der Deutschen Rentenversicherung gesamtgesellschaftliche Aufgaben durch die Rentenkasse in Höhe von 108,2 Milliarden Euro übernommen. Zum Ausgleich wurden Bundeszuschüsse in Höhe von 84,3 Milliarden Euro gezahlt. Daraus ergibt sich eine Unterfinanzierung von jährlich 23,9 Milliarden Euro. Diese Unterfinanzierung hat zur Folge, dass die gesetzlich Versicherten und ihre Arbeitgeber 1,5 Prozent höhere Beiträge zahlen als nötig, um den Status quo zu finanzieren.

Für die **Gesetzliche Krankenversicherung** (GKV) haben wir festgestellt:

Die Beitragszahlenden in der GKV übernehmen aktuell gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie die Mitversicherung von Familienangehörigen oder Krankenhausinvestitionen in Höhe von 54,3 Milliarden Euro. Zum Ausgleich fließen 16,5 Milliarden Euro an Bundeszuschüssen. Die Unterfinanzierung beträgt also 37,7 Milliarden Euro. Dieser Betrag allein macht 2,21 Beitragssatzpunkte der in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegenen Krankenkassenbeiträge aus.

In der **Pflegeversicherung** ergibt sich folgendes Bild:

Während die Renten- und Krankenkasse zwar mit Bundeszuschüssen bedacht, aber unterfinanziert werden, muss die Soziale Pflegeversicherung aktuell gänzlich ohne einen Bundeszuschuss auskommen – entgegen der gesetzlichen Grundlage. Dies, obwohl auch durch sie gesamtgesellschaftliche Aufgaben finanziert werden, wie zum Beispiel Rentenpunkte für pflegende Angehörige. Insgesamt sind dies 9,2 Milliarden Euro jährlich, die eine kontinuierliche Belastung der Beitragszahlenden von 0,48 Prozent ausmacht. Hinzu kommen Kosten in Höhe von 6 Milliarden Euro zur Bewältigung der Corona-Pandemie, die entgegen anderslautender Versprechungen nie zurückgezahlt wurden.

Und auch für die **Arbeitslosenversicherung** können wir zeigen:

Die Arbeitslosenversicherung wurde zur Zeit der Corona-Pandemie herangezogen, um starke Mehrbelastungen abzufedern. Eine wichtige arbeitsmarktpolitische Maßnahme war der erleichterte Zugang zum Kurzarbeitergeld. Dadurch entstanden hohe Ausgaben. Die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit wurden komplett aufgebraucht, und der Bund musste Finanzmittel zuschießen. Nun fordert der Bund Rückzahlungen in Höhe von 5,2 Milliarden Euro. Aus Sicht des VdK war die erhöhte Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld während der Pandemie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb vollständig aus Steuermitteln finanziert werden.

Rechnet man diese Werte zusammen, ergibt sich folgendes Bild:

Insgesamt werden 171,7 Milliarden Euro an gesamtgesellschaftlichen Aufgaben durch die Sozialversicherungen geleistet. Die Bundeszuschüsse summieren sich versicherungsübergreifend auf 100,8 Milliarden Euro. Daraus ergibt sich eine Unterfinanzierung von 70,8 Milliarden Euro. Zusätzlich kommen pandemiebedingte Kosten in Höhe von 6 Milliarden Euro in der Pflegeversicherung und 5,2 Milliarden Euro in der Arbeitslosenversicherung.

Würden all diese Kosten, wie es unsere Forderung und offenbar auch der proklamierte Wunsch der Parteien ist, aus Steuermitteln finanziert, würden Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam um 4,19 Prozentpunkte an Sozialversicherungsbeiträgen entlastet oder wir hätten neue Spielräume für höhere Renten, für eine bessere Pflege oder eine gute Reha

Konkret bedeutet dies:

Bei einem Bruttolohn von 3500 Euro pro Monat finanziert der Beschäftigte und seine Chefin gesamtgesellschaftliche Leistungen in Höhe von jeweils 73,50 Euro monatlich, die eigentlich von Bund und Ländern aus Steuereinnahmen finanziert werden müssen. Würde dies umgesetzt, wären dies pro Jahr 882 Euro Ersparnis – jeweils für den Beschäftigten und seine Arbeitgeberin – zusammen also 1764 Euro.

Die oben beschriebenen Belastungen der Sozialversicherungen sind aus der Sicht des VdK dringend zu korrigieren, um das Zutrauen der Menschen in den Sozialstaat zu stärken. Und wir haben noch weitergehende Vorschläge zur Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen, zur Erwerbstätigenversicherung, und wir wissen, dass die Sozialversicherungen zu allererst dann finanziert werden, wenn wir eine höhere Erwerbsbeteiligung besonders von Frauen schaffen und die Löhne in der Breite steigen. Aber eine höhere und gerechtere Steuerfinanzierung der Sozialkassen wäre ein wesentlicher Baustein! Damit die Mehrkosten für den Bundeshaushalt sowie teilweise der Landeshaushalte sozial gerecht verteilt werden, hat der Sozialverband VdK ergänzende steuerpolitische Vorschläge.

Carl Mühlbach, Fiscal Future:

Verena Bentele hat aufgeschlüsselt, dass es eine Unterfinanzierung der Sozialversicherungen in Höhe von jährlich 70,8 Milliarden Euro gibt.

Nun wird es Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass es sehr schwer ist, in den aktuellen Haushalten von Bund und Ländern derartige Summen aufzutreiben. Sie alle wissen, wie zentral Haushaltspolitik für das Scheitern der Ampel-Koalition war. Sie alle wissen, wie gering die Spielräume in den Haushalten von Bund und Ländern sind. Gleichzeitig müsste auch an anderer Stelle mehr getan werden, z.B. was die Sanierung und Modernisierung unserer Infrastruktur angeht, oder den Zustand unseres Bildungssystems.

Aufgrund der starken Finanzierungsbedarfe haben wir gemeinsam mit dem VdK und dem Netzwerk Steuergerechtigkeit die steuerpolitischen Vorschläge des VdK durchgerechnet. Und ich freue mich sehr, Ihnen heute Möglichkeiten aufzeigen zu können, wie die Finanzierung der von Frau Bentele angesprochenen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben besser gelingen kann.

In Deutschland sind Vermögen so ungleich verteilt wie in kaum einer anderen Demokratie. Zwei Familien besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Zwei Familien besitzen mehr als 41,5 Millionen Menschen in diesem Land. Während Arbeit vergleichsweise hoch besteuert wird, ist Deutschland für Vermögen ein Niedrigsteuerland. Vor allem hier setzen die steuerpolitischen Vorschläge des VdK an, deren fiskalische Auswirkungen wir als Fiscal Future gemeinsam mit dem Netzwerk Steuergerechtigkeit berechnet haben, und die ich Ihnen hiermit vorstelle:

Gesamtkonzept

- Das Steuerkonzept des VdK schlägt Reformen bei sechs Steuerarten sowie eine konsequentere Bekämpfung von Steuerhinterziehung vor.
- Der Großteil der Personen, insbesondere mit kleinen und mittleren Einkommen, wird entlastet.
- Dennoch kann – durch einen stärkeren Beitrag sehr hoher Vermögen und Einkommen – das Steueraufkommen um bis zu 100 Mrd. € gesteigert werden, wobei die angesprochenen Entlastungen bereits einkalkuliert sind.

Ich werde nun die wichtigsten Punkte des Steuerkonzepts zusammenfassen:

1. Reform der Erbschafts- & Schenkungssteuer

- Der Freibetrag soll in einen Lebensfreibetrag umgewandelt und auf 2 Mio. € erhöht werden.
- Spitzensteuersatz auf 25% senken
- Ausnahmen für Betriebsvermögen sowie sehr große Erbschaften und Schenkungen abschaffen
- Hiermit können Mehreinnahmen in Höhe von bis zu 10 Mrd. € erzielt werden
- 5-10 Mrd. Mehreinnahmen, bei 1-3 Mrd. Mindereinnahmen (Freibeträge)

2. Wiedererhebung einer Vermögensteuer, deren Erhebung aktuell ausgesetzt ist

- Vermögen ab 5 Mio. € mit 1% und über 100 Mio. € mit 2% besteuern.
- Betrifft nur die 0,5% reichsten Personen (ca. 300.000 Erwachsene)
- bringt ca. 40 Mrd. Euro.
- Basierend auf dem Marktwert der Vermögen wäre das Aufkommen 10 Mrd. € höher. Schätzung für Erhebungskosten und mögliche Ausweichreaktionen sind korrigiert.

3. Sozial gerechte Reform der Einkommensteuer

- Hierdurch werden keine zusätzlichen Steuereinnahmen generiert, sondern der Fokus liegt auf der Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen.
- Der Grundfreibetrag soll auf das soziokulturelle Existenzminimum in Höhe von 15.100€ angehoben werden und der Spitzensteuersatz soll auf 49% steigen, dafür aber erst ab einem Einkommen von 87.000€ gelten. Ein Reichensteuersatz von 52% soll ab 140.000€ Jahreseinkommen gelten.

4. Eine Steuer auf Digitalkonzerne nach französischem Vorbild würde 3-5 Mrd. € einbringen.

5. Eine Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,1% könnte 25 Mrd. € zusätzliche Einnahmen bewirken.

- Wobei Derivate in diesem Fall nur mit 0,01% besteuert werden

6. Der ermäßigte Steuersatz der Mehrwertsteuer soll ausgeweitet werden. Auf weitere Medizinprodukte, Hygieneartikel und andere Dinge des täglichen Bedarfs. Medikamente und pflanzliche Lebensmittel sollen gänzlich von der Steuer befreit werden, um insbesondere kleine und mittlere Einkommen zu entlasten.

7. Der letzte Baustein im Steuerkonzept des VdK ist konsequentere Bekämpfung von Steuerhinterziehung

- Alleine in Deutschland beträgt der Schaden durch Steuerhinterziehung jährlich 125 Milliarden Euro – das hat eine Studie der University of London berechnet. Wenn man nur die Fälle angeht, die sich bereits jetzt mit vertretbarem Aufwand vermeiden lassen, würde dies einen niedrigen bis mittleren zweistelligen Milliardenbetrag zusätzlicher Einnahmen generieren.

Jonas Fischer, Leiter Sozialpolitik VdK Deutschland:

Verena Bentele und Carl Mühlbach haben Ihnen das Kernstück unserer diesjährigen Aktion zur Bundestagswahl vorgestellt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen aber auch noch in groben Zügen die weitergehenden sozialpolitischen Forderungen des Sozialverband VdK vorzustellen.

Diese Forderungen sind in unserem Forderungspapier zusammengefasst.

Wir als Sozialverband VdK treten mit vier Kernforderungen an die wahlkämpfenden Parteien heran:

Eine Rente für Alle einführen;

Armut allen Alters bekämpfen;

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verwirklichen

sowie jeweils eine einheitliche und solidarische Kranken- und Pflegeversicherung einführen.

Anknüpfend an das wesentliche Vorhaben eines guten Sozialstaats der Zukunft, die Sozialversicherungen zu stärken, fordern wir die Einführung einer Rente für Alle. Durch die Einbeziehung von Beamten, Politikerinnen und Politikern und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung würden einerseits Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft beseitigt und andererseits die finanzielle Solidität der DRV gestärkt. Dadurch wäre es möglich, die gesetzliche Rente für alle Menschen armutsfester zu machen, indem das Rentenniveau auf 53 Prozent angehoben wird. Die gesetzliche Rente ist die wichtigste Absicherung im Alter, insbesondere für Menschen mit kleinen Einkommen. Um langfristig Altersarmut zu bekämpfen muss zwingend eine Rentenerhöhung her – und nicht, wie es teilweise vorgeschlagen wird – in Kauf genommen werden, dass das Rentenniveau sinkt.

Neben der Einbeziehung aller in die gesetzliche Rente sind gute Löhne und hohe Erwerbstätigkeit dafür notwendig. Wir fordern als Sozialverband VdK deswegen einen armutsfesten Mindestlohn, der es ermöglicht, eine Rente über der Grundsicherungsschwelle zu erwirtschaften. Ein solcher Lohn muss mindestens bei 15 Euro liegen und würde so auch die Armut von arbeitenden Menschen bekämpfen. Altersarmut ist vor allem weiblich. Deswegen müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass Frauen mehr und sozialversicherungspflichtig arbeiten können. Das schließt die Förderung einer gerechten Verteilung von Care-Arbeit genauso ein, wie die Schaffung von Kinderbetreuungs- und Pflegeinfrastruktur.

Armut allen Alters zu bekämpfen schließt insbesondere Kinder ein. Sie können nichts für ihre

Startbedingungen und die finanzielle Situation, in die sie hineingeboren werden. Das Scheitern einer guten Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient, ist ein eklatantes Versäumnis der letzten Bundesregierung und muss schnellstmöglich von der neuen Regierung angepackt werden.

Im Bereich Gesundheit und Pflege haben wir bereits gehört, wie die entsprechenden Sozialversicherungen durch die Entlastung der Ausgaben durch die Übernahme von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben entlastet werden könnten. Tiefgreifender und mittelfristig genauso wichtig wäre auch hier der Umbau zu einer Bürgerversicherung. Der Alltag der Zwei-Klassen-Medizin zerstört das Zutrauen der Menschen in den Sozialstaat.

Dazu trägt auch die Unterversorgung in ländlichen Gebieten bei. Hier müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur aus der öffentlichen Hand anzubieten. So würde nicht nur die Versorgung sichergestellt, sondern auch der Privatisierung in diesen essenziellen Bereichen der Daseinsvorsorge eingedämmt.

Der größte Pflegedienst in Deutschland sind die Pflegenden Angehörigen. In unserer letzten großen Pflegestudie haben wir die Situation dieser Menschen in Deutschland intensiv beleuchtet. Seither wird die Einführung einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige angekündigt, um die Menschen zu entlasten. Allein: Geschehen ist nichts. Um die Angehörigen zusätzlich zu entlasten, braucht es unbürokratische Hilfen und einen Ausbau von Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege.

Auch im Bereich der Teilhabepolitik für Menschen mit Behinderungen ist in den vergangenen Jahren viel liegengeblieben. Die Ampel-Parteien waren mit einem ambitionierten Koalitionsvertrag gestartet, haben davon aber viel zu wenig umgesetzt. Die flächendeckende Barrierefreiheit ist noch immer nicht geregelt. Menschen mit Behinderungen können sich noch immer nicht so selbstbestimmt in unserer Gesellschaft bewegen, wie der Rest – das ist ein Skandal. Die Verpflichtung privater Anbieter zur Schaffung von Barrierefreiheit muss für die nächste Regierung höchste Priorität haben.

Ich lade Sie herzlich ein, sich unser ausführliches Forderungspapier anzusehen.

Für weitere Informationen oder Interviewwünsche wenden Sie sich bitte an die Pressestellen:

Pressekontakt Sozialverband VdK Deutschland:

Claudia Kepp, Pressesprecherin

Telefon: 030 9210580-401

Mobil: 0151 26163180

E-Mail: c.kepp@vdk.de

Web: www.vdk.de

Pressekontakt Fiscal Future:

Marina Guldemann

E-Mail: marina.guldemann@fiscalfuture.de

Web: www.fiscalfuture.de